



---

## **Ausschuß für Städtebau und Wohnungswesen**

7. Sitzung (nicht öffentlich)

28. Februar 1996

Düsseldorf - Haus des Landtags

13.30 Uhr bis 14.50 Uhr

Vorsitz: Adolf Retz (SPD)

Stenograf: Michael Endres

### **Verhandlungspunkte und Ergebnisse:**

Seite

**1 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 1996 (Haushaltsgesetz)**

Gesetzentwurf der Landesregierung  
Drucksachen 12/400 und 12/690

Vorlagen 12/236, 12/275, 12/281, 12/289, 12/314, 12/315, 12/316

Ausschußprotokolle 12/119 und 12/134

**a) Einzelplan 14**

2

Der Ausschuß nimmt den Einzelplan 14 einschließlich der zuvor beschlossenen Änderungen mit den Stimmen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Nichtmitwirkung der Fraktion der CDU an. Die Personaltitel überweist er an den Unterausschuß "Personal". (*Einzelabstimmungen siehe Vorlage 12/432*)

Seite

**b) Einzelplan 15 - Bereich Stadtentwicklung** 3

Der Ausschuß nimmt den Einzelplan 15, soweit die Zuständigkeit des Ausschusses für Städtebau und Wohnungswesen gegeben ist, einschließlich der zuvor beschlossenen Änderungen mit den Stimmen der Fraktion der SPD und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Nichtmitwirkung der Fraktion der CDU an. Die Personaltitel überweist er an den Unterausschuß "Personal". (*Einzelabstimmungen siehe Vorlage 12/434*)

**c) Einzelplan 20 - Kapitel 20 030 und 20 630** -

Der Ausschuß nimmt den Einzelplan 20, soweit die Zuständigkeit des Ausschusses für Städtebau und Wohnungswesen gegeben ist, unverändert mit den Stimmen der Fraktion der SPD und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Nichtmitwirkung der Fraktion der CDU an.

**2 Wohnungsbauprogramm und Wohnungsbauförderungsbestimmungen 1996** 3/7

Zu beiden Punkten berichtet Minister Dr. Michael Vesper (MBW).

**3 Stadt-Logistik** 10

Hierzu erstattet Ministerin Ilse Brusis (MSKS) Bericht.

**4**      **Verschiedenes**

Seite

13

*(Siehe Diskussionsteil)*

\*\*\*\*\*



### Aus der Diskussion

#### 1 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 1996 (Haushaltsgesetz)

Gesetzentwurf der Landesregierung  
Drucksachen 12/400 und 12/690

Vorlagen 12/236, 12/275, 12/281, 12/289, 12/314, 12/315, 12/316

Ausschußprotokolle 12/119 und 12/134

**Siegfried Zellnig (CDU)** merkt vorab an, die CDU-Fraktion habe den Fraktionen ihre Anträge präzise im vorgesehenen Zeitablauf zugestellt. Dagegen seien die Anträge der Koalitionsfraktionen erst kurz vor der Sitzung verteilt worden. So sollte nicht untereinander verfahren werden.

Über den aktuellen Beratungsstand innerhalb der Koalition sei er nicht glücklich, da dieser Zustand zum Schaden Nordrhein-Westfalens sei. Im Grunde genommen liege noch kein beratungsfähiger Gesamthaushalt seitens der Koalitionsfraktionen vor. Deshalb stelle er für seine Fraktion den Antrag, diesen Punkt von der Tagesordnung zu nehmen und einen neuen Sitzungstermin für den Zeitpunkt, wenn der Haushalt seitens der Koalitionsfraktionen vorliege. Sollten die Koalitionsfraktionen diesen Antrag ablehnen, werde seine Fraktion an den Beratungen und Abstimmungen zum Haushalt nicht mitwirken.

**Gerd-Peter Wolf (SPD)** zeigt für die Ausführungen von Siegfried Zellnig (CDU) Verständnis. Die Koalition habe aber unter einem enormen Zeitdruck gestanden und die notwendigen Abstimmungen noch durchführen müssen. Gleichwohl liege der Koalition daran, die Haushaltsberatungen zu Ende zu bringen, damit der Haushalt zum frühestmöglichen Zeitpunkt verabschiedet werde und die Mittel in die Bauwirtschaft flössen. Man könne es sich nicht leisten, auf Zeit zu spielen. - Dem schließt sich **Hedwig Tarner (GRÜNE)** an.

Der Ausschuß lehnt den Antrag der CDU-Fraktion auf Vertagung der Haushaltsberatungen mit den Stimmen von SPD und GRÜNEN gegen die Stimmen der CDU ab.

*(Hinweis: Im folgenden sind nur diejenigen Diskussionsbeiträge niedergeschrieben, die über die Begründungen zu den Anträgen in den Vorlagen 12/432, 12/434 und 12/439 - dort finden sich auch die Ergebnisse der Einzelabstimmungen - hinausgehen.)*

- a) **Einzelplan 14**  
(siehe Vorlage 12/432)

**Zu lfd. Nr. 1:**

**Ellen Werthmann (SPD)** begründet die Ablehnung der Koalitionsfraktionen zur Streichung von Mitteln für ein Fortbildungszentrum des MBW damit, daß gerade die Fortbildung in der heutigen Zeit ein wichtiger Faktor sei.

**Minister Dr. Michael Vesper (MBW)** weist darüber hinaus darauf hin, daß eine eigene Fortbildungsakademie sowohl für das MBW als auch für das Land Vorteile biete. Die Behauptung in der Begründung, Fortbildungsangebote und -einrichtungen seien ausreichend vorhanden, sei deshalb unrichtig, weil im Gegenteil die anderen Einrichtungen ausgelastet seien und darüber hinaus die Fortbildungsakademie Herne darum bitte, die Fortbildungseinrichtung des MWB mitnutzen zu dürfen.

**Zu lfd. Nr. 2:**

**Gerd-Peter Wolf (SPD)** begründet die ablehnende Haltung der Koalitionsfraktionen zur Erhöhung des Einnahmetitels - Gewinn aus Unternehmen und Beteiligungen - damit, daß gegenwärtig keine Mittel für eine Änderung der Verzinsung vorhanden seien. Gleichwohl sei man der Meinung, daß nachhaltig eine Dividendenfähigkeit in der angegebenen Größenordnung angestrebt werden sollte. Diesbezüglich bitte er das Ministerium um einen entsprechenden Bericht im Laufe des Jahres.

**Zu lfd. Nr. 3:**

**Gerd-Peter Wolf (SPD)** meint, daß eine Erhöhung der Zuschüsse an die Wohnungsbauförderungsanstalt wegen der neuen eigentumsförderungsrechtlichen Vorschriften auf Bundesebene nicht benötigt würden. Die Zielgruppe sei stark genug, wie ihm freie Wohnungsunternehmen berichtet hätten, ohne öffentliche Darlehen Eigentum zu bilden.

Zu lfd. Nr. 4:

Hedwig Tärner (GRÜNE) lehnt den Antrag der CDU-Fraktion, Überweisungsgebühren für Wohngeld zu streichen, mit der Begründung ab, daß dies dem Interesse gerade von älteren Leuten und derjenigen, denen die Banken ein Konto verweigerten, zuwiderliefe.

- b) **Einzelplan 15 - Bereich Stadtentwicklung**  
(Vorlage 12/434)

Zu lfd. Nr. 2:

Gerd-Peter Wolf (SPD) meint, Probleme ergäbe die im Antrag geforderte Einwerbung von Drittmitteln im Rahmen der Budgetierung, da das Land und das Parlament die einzigen Abnehmer seien. Insofern sei eine Kürzung der Mittel für das Institut für Landes- und Stadtentwicklungsplanung abzulehnen.

- c) **Einzelplan 20 - Kapitel 20 030 und 20 630**  
(Vorlage 12/439)

(Siehe Beschlußteil)

## 2 **Wohnungsbauprogramm und Wohnungsbauförderungsbestimmungen 1996**

**Minister für Bauen und Wohnen Dr. Michael Vesper** berichtet zusammengefaßt:

Meine Damen und Herren! Wir legen Ihnen heute unser Wohnungsbauprogramm 1996 vor, wie es gestern von der Landesregierung akzeptiert wurde. Wohnungsbau ist einer der Schwerpunkte unserer Politik in dieser Wahlperiode. Den Vorgaben des Koalitionsvertrages und der Regierungserklärung von Johannes Rau wollen wir mit diesem WoBauP 1996 inhaltlich Rechnung tragen und entsprechende Schwerpunkte setzen.

Das bedeutet unter anderem: